

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Rader & Comp., Nr. 1268.

## Organ für das werktätige Volk

Kaukonto: Gebr. Krehl, Dresden und Eösch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen: Nach der Arbeit und Voll und Zeit für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig, Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibilität 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamegröße 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 25 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Reichsgröße 40 Proz. Rabatt. Für Briefkastenabgabe 10 Goldpf.

Nr. 211

Dresden, Dienstag den 9. September 1924

35. Jahrg.

## Das Notifizierungsspiel

### Erstes Stützgerüst der Regierung

Durch Wolffs Bureau läßt die Reichsregierung erklären: Zu den widersprechenden Meldungen über die Notifizierung der Erklärung der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage wird mitgeteilt: In der Sitzung vom 29. August 1924 ist angefangen worden, daß die Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen. Es ist jedoch aus technischen wie aus diplomatischen Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung vorzunehmen, mußte der hierfür geeignete Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit sind an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen, hinsichtlich Form und Zeit der Übermittlung herangetragen worden. Das Reichsministerium wird nächsten Woche nach Rücksprache mit dem Reichskanzler und dem Außenminister zu einer Sitzung zusammenkommen, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu werden.

Die Sehnsucht der Deutschnationalen nach der Füttertruppe ist vorläufig noch nicht gestillt, aber schon bekommt die Deutschnationale Politik zu treiben. Denn sie sind die intellektuellen Urheber der Kriegsschuld-Note, die jetzt in der ganzen Welt Staub aufwirbelt, ohne daß sie den Mächten bisher offiziell zugestellt worden ist.

Es ist überhaupt schon mehr als sinnlos, eine Erklärung, die unter dem Druck der Deutschnationalen vor mehr als acht Tagen in Deutschland der Öffentlichkeit übergeben wurde und infolge dessen der Weltöffentlichkeit zugänglich war, nachträglich noch offiziell den alliierten Mächten zu überreichen. Das wirkt geradezu provozierend. Diese Note wird von sämtlichen alliierten Ländern glatt abgelehnt und praktisch erreicht sie nur eine Verschlechterung der außenpolitischen Lage Deutschlands. Man sollte keine Noten ab, wenn man im voraus weiß, daß damit die an sich schlechte Lage noch mehr verschlechtert wird. Diese Verschlechterung aber wird eintreten, wenn Deutschland jetzt offiziell die Frage der Kriegsschuld aufrollt. Darüber hat Herriot in einer ganzen Reihe von Unterredungen der letzten Tage keinen Zweifel gelassen und schließlich sind auch die Vertreter der alliierten Mächte in Berlin in diesem Sinne bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Warum man unter diesen Umständen überhaupt noch eine Kabinetts-Entscheidung abhört, die sich mit der Kriegsschuldfrage befassen soll, ist unverständlich. Man sollte doch annehmen, daß die Reichsminister mehr zu tun haben, als sich über falsche Schritte zu unterhalten. Als einen Wahnsinn betrachten wir die offizielle Übermittlung einer Kriegsschuld-Note im jetzigen Augenblick, und jeder Mensch, der seine fünf Sinne noch beisammen hat und der es mit dem Wideraufbau Deutschlands ernst meint — davon schließen wir die Deutschnationalen aus —, muß diese Auffassung teilen. Infolgedessen wäre es erforderlich gewesen, daß der Reichskanzler Marx in Erkenntnis der Schwere der Lage, die durch die offizielle Übermittlung einer Kriegsschuld-Note entstehen, frei und offen erklärt hätte: die Note wird im Augenblick nicht abgehandelt. Das wäre seine Pflicht gewesen, denn er ist dafür da, Zummheiten zu vermeiden und nicht, Zummheiten in einer Kabinettsentscheidung noch dicker zu lassen. Er hat es als Reichskanzler auch nicht nötig, sich von seinen Ministerkollegen die Zustimmung zur Veröffentlichung einer Zummheit geben zu lassen, denn daß die Veröffentlichung der Kriegsschuld-Note jetzt in absehbarer Zeit nicht mehr erfolgen darf, muß gefordert werden.

Etwas anders ist es, wenn sich die Reichsregierung in der für Anfang der nächsten Woche vorgesehenen Kabinetts-Sitzung, wie es heißt, auch mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befassen will. Wir betonen nur, daß dieser Termin zur Erörterung des Eintritts bereits zu spät ist. Immerhin hat die Reichsregierung die moralische Verpflichtung, auf die Einladung Macdonalds in gebührender Form offiziell zu antworten. Sie muß sich dabei bewußt sein, daß sie durch diese Antwort dieses wieder gutmachen, aber auch vieles verschlechtern kann.

### Das läppische Schreiben

Dem Vorwärts meldet sein Vertreter in Genf was

Genf, 7. September. Nachdem die Nachrichten aus Deutschland beweisen, daß die Öffentlichkeit über die Umstände unter denen der deutsche Kriegsschuld-Entscheidungsstande zustandekomme ist, nicht unterrichtet ist, erscheint es notwendig, etwas Licht in die doch blamable Angelegenheit zu bringen. Das ist um so nötiger, als hier die Dinge immer weitere Kreise ziehen.

Am Freitag nachmittag wurde Herriot und Macdonald ein persönliches Schreiben des Reichskanzlers Marx übergeben. In diesen Briefen entschuldigt sich Marx, daß er die Kriegsschuldfrage auf der Londoner Konferenz nicht aufgeworfen habe, und daß er es jetzt tun mußte. Man solle keine Absichten nicht mitteilen. Deutschland wolle sich seinen Reparationsverpflichtungen keineswegs entziehen, aber die deutsche Volk betrachte sich als unschuldig am Kriege und er, der Kanzler, fühle sich moralisch verpflichtet, diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, indem er in den allernächsten Tagen eine solche Erklärung den alliierten Regierungen offiziell mitteilen werde.

So der ungefähre Inhalt der zwölf Seiten langen Briefe, die der Herriot am 7. September, wonach Dr. Marx keinen Brief

an Herriot in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gerichtet habe, ist zwar formell richtig, verheißt aber die Tatsache, daß er an ihm einen Brief in der Kriegsschuldfrage gerichtet hat. Dieses unaufrichtige Dementi hat gerade noch gefehlt, um den katastrophalen Eindruck zu steigern, den die Ankündigung der Überreichung einer Kriegsschuldnote hier gemacht hat. Nur diejenigen in Genf, die Deutschland feindlich gesinnt sind, A. V. Bertinaz und Konsorten, oder die Deutschbündler im Völkerbund ungenügend, A. B. die Polen, freuen sich über den Liebesdienst, den ihnen Deutschland unverhofft geleistet hat. Die aufrichtigen Freunde Deutschlands in der Welt sind über diese bodenlose Dummheit erblich entsetzt.

Dabei ist man sich gerade in den führenden französischen Kreisen durchaus dessen bewußt, daß Marx diesen Brief wider besseres Wissen geschrieben hat. Es wird behauptet, sogar Staatssekretär v. Malajahn, der sonst in Völkerbundkreisen nicht gerade als sehr einseitig gilt, habe dringend davor gewarnt, die Schuldfrage zu notifizieren, daß er aber dazu den formellen Befehl von Stresemann erhalten habe; dieser hätte sich den Deutschnationalen bei dem letzten Substanzhandel vor der Reichstags-Abstimmung gegenüber dazu verpflichtet, sonst müßte er zurücktreten.

Das ist es gerade, was die Empörung gegen Deutschland besonders erregt: auf Geheiß der Deutschnationalen, also der Verächter des alten Regimes, will Deutschland diesen Schritt unternehmen! Man betrautet das hier allgemein als einen Vorwand der Außenpolitik des kommenden Bürgerblocks, und die Wirkung ist auch danach: die ganze Welt schließt sich wieder gegen Deutschland zusammen!

### Auch Macdonald warnte

London, 8. September. Der Star tritt mit, daß Macdonald die deutsche Reichsregierung davor warnte, eine Note an die Alliierten abzugeben, in der Deutschland seine Verantwortlichkeit am Kriege bestritt.

### Die Zurückweisung bereits fertig?

P. Paris, 8. September. (Fig. Draht.) Der Genfer Sonderberichterstatter des Antragskomitees meldet seinem Platte: Wenn die deutsche Erklärung hinsichtlich der Zurückweisung der Schuld Deutschlands am Kriege erfolgen sollte, kann man sicher sein, daß sie von den Alliierten energisch beantwortet wird. Der französische Text zu dieser Antwort ist bereits fertig, und Herriot konnte diesen Text am Sonnabend den englischen, italienischen und belgischen Delegierten vorlegen. Ministerpräsident Brunis hat den französischen Text im ganzen angenommen; aber er behält sich vor, eine noch viel energiegeladere Antwort zu erteilen. Belgien will in der Tat zeigen, wie unglücklich diese deutsche Protestaktion wäre, denn er ist der Ansicht, daß gerade das Hauptanrecht, in diesem Falle zu sprechen, ihm zustehe. Wenn die französische Antwort wirklich erteilt werden muß, wird sie dementsprechend, daß Deutschland nicht mehr hoffen kann, noch in diesem Jahre in den Völkerbund einzutreten.

Die Pariser amtlichen Stellen haben die Meldung des Antragskomitees bisher noch nicht bestätigt.

## Die Abrüstungsfrage in Genf

Genf, 8. September. (Fig. Draht.) Am Montag wurde mit der Beratung der Abrüstungsfrage in der Kommission begonnen. Einleitend bemerkte Lord Parmoor zur Beilegung der Tagesordnung, daß durch die gemeinsame Resolution von Herriot und Macdonald und durch die Beschlüsse der Völkerbundversammlung die Aufgabe der Kommission ganz klar vorgezeichnet sei. Die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit zur Regelung aller internationalen Streitigkeiten müsse auf das genaueste nachgeprüft werden. Dann müßten auch die beiden Fragen der Sicherheit und der Abrüstung geprüft werden, ob nicht auch für die Realisierung einer Lösung durch das Schiedsgericht gefunden werden könne. — Voltaire (Schweiz) hat als Wortführer der kleinen Entente sprache, besonders demgegenüber eine allgemeine Diskussion des gesamten Fragenkomplexes der Abrüstung. So müßten auch die Antworten der Regierungen auf den Garantienantrag der Völkerbundversammlung nochmals genau durchgesehen werden. Die Aufgabe der Kommission sei zu wichtig, um allein durch das Sekretariat der Kommission geprüft werden zu können, da es sich hier nicht um eine rein mechanische Arbeit handle, sondern um ein ausgeprochen politisches Problem von ungewohnter Bedeutung. Discours (Frankreich) unterstrich diesen Standpunkt, ebenso Schanzer (Italien), der eine allgemeine grundsätzliche Diskussion gleichfalls für unerlässlich hält. In einer größeren Rede gab Schanzer zunächst auf die Entstehungsgeschichte des Garantienantrages ein und erklärte nochmals den bereits in der italienischen Antwortnote auf den Garantienantrag dargelegten Standpunkt. Dennoch sei damals von der dritten Kommission der vierten Völkerbundversammlung der Vorschlag gebilligt worden und der Vertreter des Vorkriegslandes, Venedig, habe darüber der vierten Versammlung den Vorschlag erlassen. Schanzer fährt dann fort: Diese Beschluß dann, den Entwurf den Regierungen zur Begutachtung zu überweisen, und heute liegt bereits eine große Anzahl von Antworten vor, die die Grundzüge unserer Diskussion bilden können. Außer der Zurückweisung der besprochenen Garantienverträge hat auch die italienische Regierung erklärt, daß die Bestimmungen des Garantienantrages unzureichend sei und daß die allgemeinen Garantien erweitert werden müßten. Das Sicherheitsproblem müsse unbedingt auf dem Boden des Völkerbundes gelöst werden. Die italienische Regierung ist bereit, einer Unterredung der Vorkriegs Macdonalds und der Amerikaner in aller Objektivität mitzutreten. Die italienische Regierung vertritt aber unbedingt jedes Sonderabkommen. Da es nur schädliche Wirkungen auf die Abrüstungsbewilligung der anderen Staaten haben wird. Italien wird nur einem allgemeinen internationalen Garantienantrag seine Zustimmung geben. — Dienstag Fortsetzung der Debatte

## Teures Brot

In letzter Zeit sind die Getreidepreise ganz bedeutend gestiegen. Die Folgen bekommt die Hausfrau in Gestalt erhöhter Brotpreise zu spüren. Am 9. Juni d. J. stand der Roggenpreis in Berlin auf 126 Mark bis 134 Mark, am 6. September auf 184 Mark bis 190 Mark. Das ist eine Steigerung von circa 50 Prozent. Diese Preissteigerung ist so hoch, daß selbst unsere Reichsregierung angst wird. Der Reichskommissar für Ernährung und Landwirtschaft wurde angewiesen, vorläufig keine Ausfuhrgenehmigung für Getreide zu erteilen.

Wichtig ist, daß es den Landwirten im Sommer dieses Jahres, als die Getreidepreise unter Weltmarkthöhe standen nicht gerade gut ging. Nach manchen fetten Jahren war einmal eine magere Zeit für die Landwirte gekommen. Natürlich erhob sich sofort ein gewaltiges Geschrei und die Reichsregierung beeilte sich, den Landwirten zu Hilfe zu kommen. Damals wurde darauf hingewiesen, daß die niedrigen Getreidepreise nur eine vorübergehende Erscheinung seien und nur darauf zurückzuführen wären, daß infolge der Kapitalflucht viele Landwirte ihr Getreide um jeden Preis loszuschlagen mußten. Dagegen, daß die Regierung damals den Landwirten verhältnismäßig billige Kredite verschaffte, war gewiß nichts zu sagen und auch die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Getreide wurde in der Öffentlichkeit ohne Widerspruch hingenommen. Die Agrarier aber und die ihnen folgende Regierung arbeiteten auf lange Sicht, sie benutzten die Zeit der niedrigen Getreidepreise, um die Rückkehr zur Getreideverwertungspolitik der Vorkriegszeit vorzubereiten.

Wenn wir heute die Getreidepreise von früher noch nicht haben, ist das nur dem energischen Widerstande der Sozialdemokratie im Reichstage zu verdanken. Begreiflich ist, daß im Moment der Regierung die hohen Getreidepreise recht unangenehm sind, denn sie zeigen, wie gefährlich die geplante Hochschulzollpolitik für das deutsche Volk ist. Werden die geplanten Getreidezölle eingeführt, so muß der deutsche Arbeiter sein notwendiges Nahrungsmittel, das Brot, wesentlich teurer bezahlen als der englische Arbeiter oder der amerikanische Arbeiter, weil das Getreide um den Betrag des Zolls verteuert wird. Der deutsche Arbeiter ist aber wahrlich nicht so gestellt, daß er eine weitere Verteuerung seiner Lebenshaltung vertragen kann. Die Löhne in Deutschland sind niedriger als in andern Kulturländern. Wie verheerend die geringeren Löhne und die schlechte Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf die Volksgesundheit wirken, zeigt die große Zahl der kranken und schwächlichen Kinder, in Deutschland, von denen viele ihr ganzes Leben daran werden tragen müssen, daß ihnen in ihrer Jugend keine genügende Ernährung zu teil werden konnte.

Der Verlauf der Leipziger Wette, hat wieder gezeigt, daß die Preise in vielen unserer Industrien zu hoch sind und daß wir mit dem Auslande nicht konkurrieren können. Die Unternehmer tun oft so, als wenn die hohen Preise auf hohe Löhne zurückzuführen seien, eine Behauptung, die lächerlich ist angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer in andern Ländern höhere Löhne zahlen müssen. Aber eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter muß unserer Industrie neue Schwierigkeiten bringen. Vielmehr wird behauptet, daß unsere Arbeiter noch nicht daselbst leisten wie in der Vorkriegszeit. Aber ist es denn ein Wunder, daß die Leistungsfähigkeit eines Menschen, der sich und seine Familie nicht genügend ernähren kann, der ständig von Not und Sorge beunruhigt wird, gering bleibt? Dieses Uebel wird natürlich durch jede Verteuerung der Lebenshaltung noch verschlimmert. Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß unsere Industrie überhaupt keine höheren Löhne tragen könne. Nur aber der Unternehmer dem Arbeiter nur deshalb mehr zahlen, weil die Landwirte hohe Preise für ihre Erzeugnisse bekommen, so ändert sich an der Lebenshaltung des Arbeiters nichts. All die Urfragen bleiben bestehen, die heute die Leistungen des deutschen Arbeiters herabdrücken und so die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie schwächen.

Für Deutschland ist aber nichts wichtiger, als die Verteuerung unseres Exportes. Wir haben in der ersten Hälfte dieses Jahres eine erdrückende passive Handelsbilanz, ein Zustand, der auf die Dauer für Deutschland unerträglich ist. Nach dem Verluste eines großen Teiles unserer Handelsflotte und unseres Auslandskapitals brauchen wir aber eine große Ausfuhr doppelt notwendig um unsern Einfuhrbedarf zu decken.

Obne eine große deutsche Ausfuhr ist es aber auch nicht möglich, die auf Grund des Sachverständigengutachten von Deutschland gezahlten Summen nach dem Auslande zu übertragen. Würde es sich schon in den nächsten Jahren zeigen, daß die Ententestaaten aus Deutschland größere Zahlungen nicht herausbekommen, so könnten sich die schwersten politischen und wirtschaftlichen Folgen für das deutsche Volk daraus ergeben. Mit den Vereinbarungen in London hat eine Entwicklung eingeleitet, von der wir eine Verbesserung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu der übrigen Welt erhoffen. Die Gefahr besteht, daß diese Entwicklung unterbrochen wird, wenn sich das Londoner Abkommen für die Ententestaaten als wertlos erweisen sollte. Deswegen bringt eine Politik, die unsere Export erkränkt, unabsehbar große Gefahr für unser deutsches Volk. Das schon jetzt, ohne daß die Löhne in Kraft getreten sind, die Preise für Getreide und Brot so erheblich steigen, zeigt, wie notwendig es ist, daß das deutsche Volk sich mit allen Kräften gegen die ihm von der Regierung ausgedachten Getreidezölle wehrt.